

Von: Josef Spritzendorfer (EGGBI) <spritzendorfer@eggbi.eu>

Gesendet: Freitag, 24. August 2018 10:34

An: 'svenja.schulze@muenster.de' <svenja.schulze@muenster.de>; 'presse@bmub.bund.de' <presse@bmub.bund.de>; 'info@gruene.de' <info@gruene.de>

Betreff: AW: Bitte um Weiterleitung an Frau Minister Swenja Schulze Präventiver Gesundheitsschutz bei 5G

Sehr geehrte Frau Bundesminister,

Leider erhielten wir nach wie vor keine Rückmeldung zu unseren Fragen vom **03.04.2018** und vom 31.07.2018 zum Thema präventiver Gesundheitsschutz – bei der Einführung von 5G.

Ihre Vorgängerin verwies uns noch an das Bundesamt für Strahlenschutz – von dort erhielten wir aber keinerlei zufriedenstellende Antworten. (**Kapitel 7.9**) Nach unserem Ermessen liegt aber vor allem die politische Verantwortung bei Ihnen!

Das „Leugnen“ gesundheitlicher Risiken und die Genehmigung von Probebetrieben von 5G **entgegen dem „Europäischen Vorsorgeprinzip“** wird offensichtlich fortgesetzt – entgegen nationalen und internationalen Warnungen von Ärzten und Forschungsinstituten.

Siehe dazu **Kapitel 7** aus unserer diesbezüglichen [Publikation](#)

Erneutes internationales Beispiel: **Aussage zu „massivem Gesundheitsexperiment an allen Lebewesen“**

According to Dr Joel Moskowitz, a public health professor at the University of California, Berkeley, MMWs could pose a very real danger.

'The deployment of 5G, or fifth generation cellular technology, constitutes a massive experiment on the health of all species,' he told Daily Mail Online.

Link: [Pressemeldung](#)

Gerne werden wir Ihre Stellungnahme in unsere künftigen Publikationen integrieren.

Mit freundlichen Grüßen

Josef Spritzendorfer

Mitglied im Deutschen Fachjournalistenverband DFJV

Gastdozent zu Schadstofffragen im Bauwesen

Ich weise darauf hin, dass wir Antworten und Mitteilungen von Behörden und anderen öffentlichen Institutionen ebenso wie „Aussagen von Herstellern, die Produktinformationen verweigern“, auch in unseren Publikationen zitieren – natürlich ohne den Namen von Umwelterkrankten, Beschwerdeführern (außer mit deren ausdrücklicher Genehmigung.)

Von: Josef Spritzendorfer (EGGBI) <spritzendorfer@eggbi.eu>

Gesendet: Dienstag, 31. Juli 2018 11:03

An: 'svenja.schulze@muenster.de' <svenja.schulze@muenster.de>; 'presse@bmub.bund.de' <presse@bmub.bund.de>; 'info@gruene.de' <info@gruene.de>

Cc: 'BMUB Bürgerservice' <service@bmu.bund.de>; 'info@baubiologie.net' <info@baubiologie.net>;

'Kompetenzinitiative e.V.' <sekretariat@kompetenzinitiative.net>; 'info@umweltinstitut.org'

<info@umweltinstitut.org>; 'info@bund.net' <info@bund.net>

Betreff: AW: Bitte um Weiterleitung an Frau Minister Swenja Schulze Präventiver Gesundheitsschutz bei 5G

Kopie an EGGBI Presseverteiler

Sehr geehrte Frau Bundesminister,

- 1. leider erhielten wir auf unser Schreiben vom 3.April an Sie (nicht weitergeleitet?) bis heute keine Antwort;**

zwischenzeitlich summieren sich die Informationen über die künftige unvorstellbare Erhöhung der Strahlenbelastung durch 5G (Beispiel: [Präsentationsfolien der Firma Ericsson/Swisscom](#) über „Senderbedarf und Ausstattung bei 5G“) – anders als in der Schweiz (Widerstand im Ständerat) gibt es aber offensichtlich in Deutschland bei keiner Partei politische Verantwortung für diesbezüglich präventiven Gesundheitsschutz und vor allem Wahrung des europäischen Vorsorgeprinzips. Selbst von „Umweltparteien“ und Verbänden scheint es hier keine Unterstützung zu geben.

Wir erlauben uns daher nochmals an Sie die Frage, ob auch Sie [internationale Ärzteappells](#) und Warnungen vor den gesundheitlichen Risiken und [Reduktion des bisher ohnedies nicht ausreichenden Strahlungsschutzes](#) weiterhin ignorieren wollen,

oder doch anders als Ihre Vorgängerin hier auch die unabsehbaren Gesundheitsrisiken für die Bevölkerung wirklich ernst nehmen wollen und bitten um eine offizielle Stellungnahme **zu den 4 Fragen von Anfang April 2018**. (Schriftverkehr angefügt)

2. Umwelterkrankte – Umweltmedizin

Wiederholt baten wir Ihre Vorgängerin um Ansprechstellen für Umwelterkrankte bezüglich einer qualifizierten(!) ärztlichen Behandlung.

a. Ansprechpartner für Umwelterkrankte

Im Rahmen unserer ehrenamtlichen Tätigkeit fanden wir bis heute keine Ansprechstelle, an die sich MCS und EHS Kranke bisher hätten wenden können- weder Ärztekammern, Krankenkassen oder Behindertenbeauftragte sind in der Lage oder gewillt, Umwelterkrankten (international anerkannte Krankheiten!) Ansprechstellen zu benennen, an denen sie qualifizierte umweltmedizinische Diagnose, Atteste und Behandlung – auch als „Nur Kassenpatienten“ erhalten – verwiesen wird stets an sogenannte

- Institute für Arbeits- und Umweltmedizin, die tatsächlich fast durchwegs diese Krankheiten als psychosomatisch bewerten, umfassende umweltmedizinische Anamnesen verweigern sondern Betroffene zum Psychiater schicken, und in den meisten Fällen (laut unseren Umfragen) noch nie diese Krankheiten (siehe internationale Anerkennung von [MCS](#) und [EHS](#)) attestiert haben.
 - an „sogenannte“ Umweltärzte, die ebenfalls noch nie diese Krankheiten diagnostiziert, geschweige denn attestiert haben (Voraussetzung in arbeits-/ und sozialgerichtlichen Fällen <http://www.eggbi.eu/service/aerzte-kliniken/>)
 - oder an „freie Umweltmediziner“, die soferne qualifiziert (z.B. Berufsverband klinischer Umweltmediziner) darauf verweisen, dass die Kassen umweltmedizinische Leistungen nicht bezahlen...
- b. Benennung von „[barrierefreien Krankenhäusern](#)“ für Umwelterkrankte – trotz jahrelanger Bemühungen konnten wir bis heute keine Krankenhäuser finden, die für Umwelterkrankte (MCS, EHS) Barrierefreiheit im Sinne auch nur minimaler Verträglichkeit uns angeben konnten/wollten.

Wir ersuchen Sie, uns eine Stelle zu benennen, an die wir tatsächlich Umwelterkrankte verweisen können.

Unsere tatsächliche Kompetenz liegt bei Fragen der Wohngesundheit, und wir sehen uns außer Stande, weiterhin solche Anfragen Betroffener mangels zeitlicher, wirtschaftlicher und „qualitativer“ Ressourcen als „ehrenamtliche Lückenbüßer“ staatlichen Versagens zu beantworten.

Von Ihrer Vorgängerin wurden wir an das RKI verwiesen (von dort bis heute keine entsprechenden Adresse erhalten)
die Bundeskanzlerin [verwies an die Caritas](#) – Krankenkassen, Ärztekammern antworten gar nicht auf solche Anfragen, Patientenvertretungen und Beauftragte antworten nicht oder verweisen ebenso wie Behindertenbeauftragte an Ärztekammern und Kassen;
Das Umweltbundesamt benennt „umweltmedizinische Beratungsstellen“ – von denen die meisten nur Selbstzahler aufnehmen,

die übrigen bis heute offenbar (laut umfangreichen Umfragen unsererseits bei diesen Stellen) noch nie (!!!) MCS oder EHS diagnostiziert, geschweige denn attestiert haben, auch keinerlei „barrierefreien“ Sprechzimmer (möglichst „duftfrei, strahlungsarm“) anbieten können/ wollen...

Es fehlt offenbar jegliche politische Verantwortung für dieses Thema.

Mit freundlichen Grüßen

Josef Spritzendorfer

Mitglied im Deutschen Fachjournalistenverband DFJV

Gastdozent zu Schadstofffragen im Bauwesen

Ich weise darauf hin, dass wir Antworten und Mitteilungen von Behörden und anderen öffentlichen Institutionen ebenso wie „Aussagen von Herstellern, die Produktinformationen verweigern“, auch in unseren Publikationen zitieren – natürlich ohne den Namen von Umwelterkrankten, Beschwerdeführern (außer mit deren ausdrücklicher Genehmigung.)

Europäische Gesellschaft für gesundes Bauen und Innenraumhygiene

Ehrenamtlich betriebene Informationsplattform zur Förderung und Erforschung wohngesunder Innenräume

[Elektro-und Elektromagnetische Belastungen](#) (Kapitel 5, ab Seite 10)

[Umweltministerium sieht keinen Handlungsbedarf](#)

[Schadstoffe in Schulen und Kitas – Auflistung von über 350 Schadensfällen](#)

[online: ZDF-TV Bericht mit EGGBI Beitrag zu Schadstoffen in Schulen](#)

[Aktuelle Eigenpublikationen](#)



Online-Redaktion und Geschäftsführung:

Josef Spritzendorfer

Am Bahndamm 16
D 93326 **Abensberg**

[E] spritzendorfer@eggbi.eu

[T] +49 (0) 9443 700 169

[F] +49 [0] 9443 700 171

[I] www.eggbi.eu

Telefonzeiten kostenlose Beratungshotline: <http://www.eggbi.eu/service/>

Information zum Bevölkerungs-Anteil: Allergiker, Umwelterkrankte, MCS Betroffene

Allgemeiner fachlicher und rechtlicher Hinweis zu EGGBI Stellungnahmen/ Publikationen und Beratungen

Von: spritzendorfer@eggbi.eu <spritzendorfer@eggbi.eu>

Gesendet: Dienstag, 3. April 2018 11:57

An: 'presse@bmub.bund.de' <presse@bmub.bund.de>

Cc: 'BMUB Bürgerservice' <service@bmu.bund.de>; 'info@baubiologie.net' <info@baubiologie.net>;

'Kompetenzinitiative e.V.' <sekretariat@kompetenzinitiative.net>; 'ePost@bfs.de' <ePost@bfs.de>;

'info@umweltinstitut.org' <info@umweltinstitut.org>; 'info@bund.net' <info@bund.net>; 'info@gruene.de' <info@gruene.de>

Betreff: Bitte um Weiterleitung an Frau Minister Swenja Schulze Präventiver Gesundheitsschutz bei 5G

Sehr geehrte Frau Bundesminister,

4 Fragen an die neue Leitung des Ministeriums:

Von Ihrer Vorgängerin erhielt ich nach längerer Wartezeit (nachdem der damalige Bundesgesundheitsminister [jegliche Verantwortung für präventiven Gesundheitsschutz von sich wies](#) und uns an Ihr Ministerium verwies) nachstehende Antwort auf wesentliche Fragen zum präventiven Gesundheitsschutz – vor allem auch bezüglich der neuen Technologien 5G und 6G – mit absolut nicht zufriedenstellenden Antworten:

Völlig falsch die Aussage Ihres Ministeriums- Ihrer Vorgängerin

Information der Bevölkerung

„In diesem Zuge sieht die 5G-Strategie der derzeitigen Bundesregierung vor, dass „die bestehenden hohen Sicherheitsstandards **beim vorbeugenden Gesundheitsschutz** in allen Entwicklungsphasen erhalten bleiben. Parallel wird der Bund die Einführung von 5G gegenüber der Öffentlichkeit **mit transparenten Informationen begleiten.**“

Tatsächlich wird bereits in Regionen ohne Wissen und ohne Information der Bevölkerung mit 5G gearbeitet -keine Spur von „transparenten“ Informationen, vielmehr verhandelte Minister Dobrindt mit der Industrie über „[Vermeidung von Überschätzungen](#)“:

Dazu unsere Aussagen:

12.10.2017

Telekom funkt mit ersten "5G-Antennen" in Berlin [Pressebericht vom 12.10.2017](#)

Ungeachtet der Warnung von Ärzten und **ohne jeglicher Risikoforschung wird hier das europäische Vorsorgeprinzip** massiv missachtet und werden "unbefragt" Bürger dem gesundheitlichen Risiko einer wesentlich erhöhten Strahlenbelastung ausgesetzt. Wir vermissen hier einen massiven Aufschrei von Verbraucherverbänden, Umweltorganisation, Antilobbyorganisationen, Umweltparteien, Gesundheitsministerium, Umweltministerium, Bundesamt für "Strahlenschutz?!" Während es für eine seriöse [Umweltmedizin und umweltmedizinische Forschung](#) kein Geld gibt, werden hier [EU weit](#) Milliarden für eine unerforschte Technologie investiert. Link: [Textquelle](#)

Bundesamt für Strahlenschutz

Verwiesen werden wir an das „zuständige“ Ministerium für digitale Infrastruktur – Dieses beruft sich aber wiederum bei unseren Anfragen bezüglich Gesundheitsschutz auf Aussagen des Bundesamtes für Strahlenschutz – **dieses ist aber eindeutig Ihrem Ministerium unterstellt:**

Vom Bundesamt für Strahlenschutz erhielten und finden wir wiederum bisher äußerst widersprüchliche Aussagen:
Beispiel:

Aussagen des Bundesamtes:

a) **"Die in der Zwischenzeit durchgeführte internationale Forschung hat nicht gezeigt, dass Kinder und Jugendliche empfindlicher auf elektromagnetische Felder der Funkanwendungen reagieren als Erwachsene."** (letzter Absatz [Schreiben BfS](#) 2.11.2017)

b) „Ganz besonders wichtig ist die Minimierung der Strahlenbelastung für Kinder. Sie befinden sich noch in der Entwicklung und könnten deshalb **gesundheitlich empfindlicher reagieren.**“ (Bundesamt für Strahlenschutz, [Homepage](#))

c) **"Entsprechend dem aktuellen wissenschaftlichen Kenntnisstand besteht kein kausaler Zusammenhang zwischen einer subjektiv empfundenen Elektrosensibilität und elektromagnetischen Feldern."** ([Punkt 4 - Schreiben BfS](#))

[Textquelle](#)

Wir wenden uns daher mit vier Fragen an Sie mit der Bitte, Ihre Aussagen auch über unseren Presseverteiler publizieren zu können:

1. Welche **Informationen** und welche Maßnahmen präventiven Gesundheitsschutzes der Bevölkerung sind nun Ihrerseits für die nächsten Monate im Hinblick auf mehr Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Risiken der zunehmenden Bestrahlung unter anderem durch 5G, 6G geplant
2. Welche Maßnahmen wird das Ministerium unter neuer Leitung zum Schutz vor allem von Kindern unter anderem im Hinblick auf die geplante vollflächige Versorgung von Schulen mit WLAN, welche Aussage des Bundesdamtes für Strahlenschutz dazu (a oder b?) halten Sie für richtig?

Hinweis: 06.02.2018 Ärztekammer Österreich und Ärztekammer Zypern fordern Verbot von WLAN an Schulen!

aber auch der geplanten (für 5G erforderlichen Aufstellung zusätzlicher Sendestationen) 5G Einführungsmaßnahmen unternehmen –

3. Teilt das Ministerium – entgegen zahlreicher internationaler Forschungsergebnisse, Gerichtsurteile die Meinung der Bundesamtes, **es gibt keinen kausalen Zusammenhang** zwischen Elektrosensibilität und elektromagnetischen Feldern?
4. Zur Aussage Ihrer Vorgängerin: *„Die Strategie sieht überdies vor, dass der Bund die Forschungsaktivitäten im Bereich der Wirkung elektromagnetischer Felder von 5G mit Schwerpunkt auf Frequenzen oberhalb 20 GHz unterstützt.“*

Gibt es dazu zwischenzeitlich konkrete Forschungsaufträge – wenn ja

- Handelt es sich dabei um industrieunabhängige Forschungsstellen?
- werden dabei auch anerkannte Umweltmediziner, Verbraucherinitiativen einbezogen?
- oder bedeutet „unterstützen“ die Bereitstellung von Mitteln an die Telekommunikationsindustrie, mit dem Ziel die Unbedenklichkeit ihrer „Produkte“ erneut zu bestätigen?

Mit freundlichen Grüßen
Josef Spritzendorfer

SWR Fernsehbericht vom 08.03.2018 über essigsäurebelasteten Holz-Neubau in Abensberg:

SWR Mediathek



Wissen im SWR [Mehr Infos](#)

Europäische Gesellschaft für gesundes Bauen und Innenraumhygiene

Informationsplattform zur Förderung und Erforschung wohngesunder Innenräume

Schadstoffe in Schulen und Kitas – Auflistung von über 300 Schadensfällen

online: ZDF-TV Bericht mit EGGBI Beitrag zu Schadstoffen in Schulen

Aktuelle Eigenpublikationen



Online-Redaktion und Geschäftsführung:

Josef Spritzendorfer
Mitglied im Deutschen Fachjournalistenverband DFJV

Am Bahndamm 16
D 93326 **Abensberg**

[E] spritzendorfer@eggbi.eu

[T] +49 (0) 9443 700 169

[F] +49 [0] 9443 700 171

[I] www.eggbi.eu

Hinweis:

Produktauskünfte erfolgen nur schriftlich über die EGGBI Produktlisten (link: [Produktbewertung](#))

Telefonzeiten kostenlose Beratungshotline: http://www.eggbi.eu/service/Kostenpflichtige_Dienstleistungen (Beratung von Gesamtprojekten, von Herstellern und Vortrags/Schulungsangebote) nach Vereinbarung.

Information zum Bevölkerungs-Anteil: Allergiker, Umwelterkrankte, MCS Betroffene
Allgemeiner fachlicher und rechtlicher Hinweis zu EGGBI Stellungnahmen/ Publikationen und Beratungen

Impressum/ Spendenkonto

Von: BMUB Bürgerservice <service@bmu.bund.de>

Gesendet: Dienstag, 20. März 2018 15:31

An: 'spritzendorfer@eggbi.eu' <spritzendorfer@eggbi.eu>

Betreff: Ihre Anfrage vom 15. Januar 2018

Sehr geehrter Herr Spritzendorfer,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage an die (zu der Zeit noch amtierende) Frau Bundesministerin Dr. Hendricks, um deren Beantwortung sie mich gebeten hat.

Derzeit erhält das Bundesumweltministerium (BMU) täglich viele Anfragen und Kommentare zu den verschiedensten Themen. Vor diesem Hintergrund bitten wir um Verständnis für unsere späte Antwort.

Das Bundesumweltministerium ist seit Eröffnung der Diskussionen über diese neue Technik mit der Bewertung der im Zusammenhang mit dem Mobilfunknetz 5G verbundenen Anwendungen befasst. Dabei haben wir entsprechend unserer Zuständigkeit vor allem den Schutz der Bevölkerung vor den dabei auftretenden elektromagnetischen Feldern im Blick.

Aus Sicht des BMU ist das Themenfeld des vorbeugenden Gesundheitsschutzes bereits im Zuge der Technologieentwicklung konsequent zu berücksichtigen. Gemeinsam mit der in unserem Geschäftsbereich zuständigen Fachbehörde, dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), ist uns daher die Bewertung der in Entwicklung befindlichen Anwendungen eine dauerhafte Aufgabe.

In diesem Zuge sieht die 5G-Strategie der derzeitigen Bundesregierung vor, dass „die bestehenden hohen Sicherheitsstandards beim vorbeugenden Gesundheitsschutz in allen Entwicklungsphasen erhalten bleiben. Parallel wird der Bund die Einführung von 5G gegenüber der Öffentlichkeit mit transparenten Informationen begleiten.“

Die Strategie sieht überdies vor, dass der Bund die Forschungsaktivitäten im Bereich der Wirkung elektromagnetischer Felder von 5G mit Schwerpunkt auf Frequenzen oberhalb 20 GHz unterstützt. Zusätzlich sollen die Auswirkungen der neuen Technik sowie der neu aufgebauten Netze hinsichtlich ihrer

elektromagnetischen Felder proaktiv untersucht werden. Entsprechender Forschungsbedarf wird derzeit vom BfS ermittelt und sicher im Forschungsprogramm der neuen Bundesregierung Berücksichtigung finden.

Für den Betrieb der Sendestationen des zukünftigen 5G-Netzes gelten – ebenso wie für die bestehenden Mobilfunknetze – die Anforderungen, insbesondere die Grenzwerte, der Verordnung über elektromagnetische Felder (26. BImSchV). Die Verordnung setzt auch die Empfehlungen der internationalen Kommission zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung (ICNIRP) sowie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) um. Bei der Einhaltung der in der Verordnung festgelegten Grenzwerte ist davon auszugehen, dass sich durch den Betrieb der Anlagen keine nachteiligen gesundheitlichen Wirkungen auf den Menschen ergeben.

Fragen zum Zeitplan und zur Vorgehensweise bei der 5G-Einführung bitte ich Sie an das innerhalb der Bundesregierung federführend zuständige [Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur](#) zu richten.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Ihr Bürgerservice im BMU

G II 3

Bürgerkommunikation des BMU
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
Stresemannstraße 128 - 130, 10117 Berlin

Telefon +49 (0)30 18 305-0

E-Mail service@bmu.bund.de

Internet www.bmu.bund.de

Facebook www.facebook.de/bmu

Twitter twitter.com/bmub

Instagram www.instagram.com/bmu/

Erst denken - dann drucken – der Umwelt zuliebe!